

Standpunkte in Kürze

STAND: 07/2009

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

- ◆ Politik aus einem Guss
- ◆ Kommunen:
Gewinner der Föderalismusreform
- ◆ Kommunen:
Gewinner der Unternehmensteuerreform
- ◆ Konsequenter Bürokratieabbau
- ◆ Gebäudesanierungsprogramm
- ◆ Entlastungen bei „Hartz IV“ und
Grundsicherungen im Alter
- ◆ Wohngeld erhöht
- ◆ Unterstützung für Freiwillige Feuerwehren

BUND UND KOMMUNEN

Faire
Partnerschaft

Informationen über die
parlamentarische Arbeit
der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
finden Sie im Internet:

www.csu-landesgruppe.de

Politik aus einem Guss

Die Kommunen sind der Wurzelgrund der Demokratie. Hier wachsen Bürgersinn und Verantwortungsbereitschaft. Die CSU-Landesgruppe setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung zu respektieren.

60% der öffentlichen Investitionen werden von Kommunen getätigt. Die Vielzahl kommunaler Aufträge richtet sich an Handwerk und Mittelstand der jeweiligen Region. Sie stärken damit deutsche Betriebe und die Binnenkonjunktur.

Der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ (Konjunkturpaket II) setzt deshalb auf die Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Ein Investitionsschwerpunkt mit 6,5 Mrd. Euro sind Bildungseinrichtungen, also Kitas, Schulen und Hochschulen. Einen zweiten Investitionsschwerpunkt mit 3,5 Mrd. Euro bildet die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, also etwa die Bereiche Straßen, Krankenhäuser und Städtebau.

Kommunen: Gewinner der Föderalismusreform

Wir brauchen starke Kommunen. Vielfalt belebt. Wettbewerb gibt Anreize für bessere Lösungen. Künftig gilt: Wer bestellt, bezahlt! Denn der Bund darf Aufgaben nicht mehr direkt auf Gemeinden, Städte und Kreise übertragen und sie so mit Kosten belasten. Das Verhältnis zu den Kommunen regeln ausschließlich die Länder - und in Bayern gilt das Konnexitätsprinzip. Bei Naturkatastrophen und in Notsituationen kann der Bund den Kommunen künftig Finanzhilfen ohne Beschränkung auf seine Gesetzgebungsbefugnisse zukommen lassen.

Kommunen: Gewinner der Unternehmensteuerreform

Die Unternehmensteuerreform hat die Gewerbesteuer als Band zwischen den Kommunen und den Betrieben und Arbeitsplätzen gestärkt. Die Gesamtentlastung der Steuerzahler von 5 Mrd. € wird allein von Bund und Ländern getragen.

Klargestellt ist auf Drängen von CSU und CDU, dass Kommunen und Kirchen auch künftig rechtlich nicht als „Konzerne“ behandelt werden.

Konsequenter Bürokratieabbau

Opfer überflüssiger Bürokratie sind nicht nur Bürger und Betriebe, sondern oft auch die Kommunalverwaltungen. Vor allem auf Betreiben der CSU hat die große Koalition eine umfassende Offensive für den Bürokratieabbau gestartet.

Der „Normenkontrollrat“ prüft künftig Gesetze und Vorschriften des Bundes im Vorfeld auf ihre kostenrelevanten bürokratischen Auswirkungen auf die Unternehmen und schlägt Verbesserungen vor.



Im engen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden Bayerns

Gebäudesanierungsprogramm

Das mehrfach verbesserte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird hervorragend angenommen: Insgesamt wurde bereits ein Investitionsvolumen von vielen Milliarden Euro angeregt. Seit dem 01.01.2007 sind kommunale Gebäude in das Kreditprogramm aufgenommen.

Gefördert werden Maßnahmen zur energetischen Sanierung an Schulen, Sporthallen und Kindertagesstätten, die bis 01.01.1990 fertig gestellt worden sind.

Der überwiegende Teil der Kosten einer förderfähigen Sanierungsmaßnahme kann mit günstigen Kommunalkreditfinanzen finanziert werden.

Entlastung bei „Hartz IV“ und Grundsicherung im Alter

Rot-Grün wollte die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger senken. Wir haben sie 2006 stabil gehalten. 2007 wurde die Bundesbeteiligung auf 31,8 % erhöht und für die Zukunft an eine Anpassungsformel auf Basis der Zahl der Bedarfsgemeinschaften gebunden. So hatten dies Länder und Kommunen vorgeschlagen.

Auch die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von rund 400 Mio. € wurde gesichert und dynamisiert - sie steigt von bisher 13 % bis 2012 auf 16 %.

Wohngelderhöhung

Wohngelderhöhung und neue Heizkostenkomponente verbessern das Wohngeld um rund 60 %. Gewinner sind auch die Kommunen. Die Wohngeldreform unterstützt etwa 70.000 Haushalte mit 150.000 Kindern bei der Überwindung des Hartz IV-Bezugs. Wenn Arbeitslosengeld II-Empfänger ins Wohngeld wechseln, reduzieren sich die von den Kommunen zu tragenden Unterkunftskosten. Familien mit geringem Einkommen profitieren zudem von der Ausweitung des Kinderzuschlages - er verringert die Zahl der „Aufstocker“ im Hartz IV-Bereich.

Unterstützung für Freiwillige Feuerwehren

Gegen den Bundesverkehrsminister haben wir eine Ausnahmeregelung im Führerscheinrecht für Ehrenamtliche durchgesetzt. Wer seit 1999 einen Pkw-Führerschein erworben hat, darf keine Fahrzeuge mehr zwischen 3,5t und 7,5t fahren. Die damit für Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen verbundenen Probleme, genügend Nachwuchsfahrer zu finden, mussten gelöst werden: Für Feuerwehr- und Hilfsfahrzeuge bis 4,75t regeln die Länder künftig eine einfache Zusatzausbildung zum Pkw-Führerschein. Besonders wichtig war uns, dass diese Ausbildung von den Feuerwehren selbst durchgeführt werden kann. Auch für Fahrzeuge bis 7,5t gibt es eine vereinfachte Ausbildung. Nach zweijährigem Einsatz für entsprechende Organisationen kann die Fahrberechtigung dann in einen vollwertigen C1-Führerschein umgewandelt werden.